

Spiegelbild brisanter Entwicklungen

von Wladimir Gilmanow

Die Situation in Rußland wird immer unübersichtlicher. Rückwirkungen auf das nördliche Ostpreußen bleiben nicht aus. Der junge russische Germanist Prof. Gilmanow versucht für deutsche Leser ein wenig Licht in das Dunkel schwer durchschaubarer Entwicklungen zu bringen.

Die gegenwärtige Situation im Gebiet Königsberg/Kaliningrad wird von zwei verschiedenen polaren Tendenzen geprägt, was wie im Spiegel die ganze brisante Kompliziertheit der politischen Dramaturgie in der heutigen Russischen Föderation wiedergibt und veranschaulicht.

Einerseits die hoffnungsvolle Ausschau nach praktikablen Konzepten, verantwortungsbewußten Taten sowohl in Moskau als auch im Westen im Zusammenhang mit dem regionalen Bestreben nach einer Form der mindestens wirtschaftlichen Eigenständigkeit. Andererseits aber legt die gegenwärtige Lage in der Region ein Zeugnis dafür ab, daß die Wirtschaftspolitik in Rußland nach wie vor sich im Banne der politischen Berechnungen befindet und daß über die Rentabilität von Investitionen und die Höhe von Zinsen nicht Konsumenten und Märkte entscheiden, sondern Politiker.

Die jüngsten Entwicklungen in Rußland zeigen, daß die Erwartungen auf beiden Seiten bei uns und in Deutschland viel zu hoch gegriffen und vielleicht naiv waren. Beide Seiten unterschätzten die Komplexität der erforderlichen Reformen, die Dauer dieses Prozesses und den Widerstand der immer noch bestehenden, immer noch alles durchdringenden Nomenklatura.

Die jüngsten Jahre in der russischen Geschichte wurden von dem erbitterten Kampf auf der innenpolitischen Landschaft und von der tragischen Zuspitzung der Nationalprobleme geprägt. Rund drei Jahre sind seit dem Moskauer Oktoberputsch, dem Sturm auf das "Weiße Haus" des damaligen Obersten Sowjets vergangen.

Damals war die Machtfrage zugunsten Präsident Jelzins entschieden worden. Für die Niederschlagung des Aufstandes der reaktionären Kräfte im alten Parlament hat aber Rußland einen hohen Preis bezahlt. Der Parlamentarismus ist auf Jahre hinaus geschwächt worden, während die Exekutive an autoritärem Charakter gewonnen hat. Innerhalb des Präsidentenapparates wurde ein riesiger Ausbau der Sicherheits- und Geheimdienststrukturen unternommen, die im Grunde genommen keiner parlamentarischen Kontrolle unterstellt sind und die nicht das schwache demokratische System schützen, sondern vielmehr die Macht des Präsidenten.

Das heutige Rußland kann vor weiteren politischen Unruhen keineswegs sicher sein. Inwieweit sich die nationalistischen und kommunistischen Kräfte an die Spielregeln der Verfassung Jelzins halten, vermag niemand zu sagen. Die Armee zeigt beängstigende Unmuterscheinungen, die Miliz befindet sich in einem desolaten Zustand und vermag ihre Schutzfunktion als Ordnungsmacht in der Gesellschaft nicht mehr wahrzunehmen.

Die neuen mächtigen Finanz und Industriekonzerne verfügen längst über eigene bewaffnete Wachmannschaften. Hinzu kommen immer brutalere Übergriffe der Mafia auf die politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen des Landes.

Ob Rußland den schweren Weg zur Demokratie und Marktwirtschaft meistert oder aber in den Totalitarismus zurückfällt, ist nach den Wahlen im Dezember 1995 nicht so einfach vorherzusagen. Nach der Parlamentswahl hat sich der Einfluß der autoritären radikalen Tendenzen, d. h. der Kommunisten und Nationalisten, verstärkt.

In der letzten Zeit war die russische Entwicklung dem fatalen Chaos und Verhängnis ausgesetzt Nationalitätenkonflikte, Krieg in Tschetschenien, galoppierende Inflation, dramatischer Rückgang in der Wirtschaft, zunehmende politische Resignation und Frustration in der Bevölkerung. Erst seit dem Frühjahr 1995 ist in Wirtschaft und Finanzen eine Art verspätete Wende zu geringfügigen Fortschritten zu verzeichnen: Die Inflation ist etwas zurückgegangen, die Währungsreserven und der Export sind etwas gewachsen. In Rußland besteht derzeit eine verbreitete Unzufriedenheit, die von den Kommunisten und der mit ihnen verbundenen Agrarpartei ausgenutzt wird. Viele haben schon die demütigende Wirklichkeit des späten Sozialismus mit der Mangelwirtschaft und stundenlangen Schlangen vergessen, fühlen sich aber maßlos gedemütigt wegen der Reduzierung der Weltmachtansprüche der früheren Sowjetunion. Nostalgie macht sich breit. Die Radikalen spielen jetzt verletzte nationale Gefühle für ihre Zwecke aus.

Die Symbiose der kommunistischen mit der hergebrachten imperialen Ideologie muß man ernstnehmen. Viele Russen, vor allem ältere und ungebildete und vornehmlich auf dem Lande, neigen dazu, der Agitation der Kommunisten und Nationalisten Glauben zu schenken. Jüngere und gebildete Stadtbewohner tendieren in Richtung Demokratie, zeigen aber des öfteren einen schwachen politischen Willen zu positiven Schritten; deswegen steht Rußland jetzt an der qualvollen Schwelle zur Wahl zwischen einem Sprung in die Vergangenheit und dem schwierigen Weg nach vorne.

Falls sich die von den Radikalen geschürte "Nostalgie nach Rückwärts" durchsetzt und eines Tages ein "General mit dem Knüppel" versucht, in Rußland aufzuräumen, wird das die Rückkehr zur Konfrontation mit dem Westen und ein zunehmendes Chaos im Inland bedeuten.

Eine andere Möglichkeit ist wohl die Fortsetzung des gegenwärtigen "Status quo" zwischen dem reaktionären Parlament und der Exekutive, die aber angesichts des Ausbaus der neuen Sicherheitsstrukturen und der Verstärkung der autoritären Mechanismen sich womöglich verselbständigen kann, was zur innenpolitischen Spannung beiträgt und den wahren Charakter des Reformprozesses in Frage stellt.

Diese sich zuspitzende Ambivalenz der gegenwärtigen Entwicklung findet ihre Widerspiegelung in der heutigen Situation nicht zuletzt in dem Gebiet Königsberg/Kaliningrad.

Da ist einerseits die hoffnungsvolle Ausschau nach der friedlichen, stabilitätsorientierten und wohlstandsfördernden Entwicklung, vor allen Dingen im Zusammenhang mit zwei wichtigen rechtlichpolitischen Dokumenten, die Ende 1995 und Anfang 1996 zustande gekommen sind: der Vertrag über die Aufteilung der Befugnisse zwischen dem Zentrum und dem Gebiet Kaliningrad und das Gesetz über die Schaffung der Sonderwirtschaftszone im Kaliningrader Gebiet. Dieses schon längst erstrebte Gesetz ist nach langen, schmerzhaften Wehen als ein

Kind der noch schwachen Demokratie und des Willens zur politischen Mündigkeit in der Region zur Welt gekommen.

Das größte Hindernis auf dem Weg zum Gesetz war das Problem der militärischen Bedeutung des Gebiets, bei dessen Lösung sowohl die Regierung als auch die Staatsduma zu dem Schluß kamen, daß die Militärpräsenz im Gebiet in keinem Widerspruch zum Konzept einer Sonderwirtschaftszone auf diesem Territorium stehe. Mehr als dies wiesen die Vertreter des Verteidigungsministeriums und des Generalstabs der russischen Föderation bei den geschlossenen Lesungen in der Staatsduma darauf hin, daß die Bedingungen einer freien Sonderwirtschaftszone den Interessen des Militärs durchaus entsprächen.

Die Grundpositionen des Gesetzes betreffen vor allem den Einsatz ausländischer und einheimischer Investitionen, Gütertransit, Zoll, Steuer und Migrationsregelungen, die Bodennutzung, den Ausbau des Gebiets zu einem internationalen Transportknotenpunkt und Finanzzentrum.

Andererseits zeugen auch die regionalen Ergebnisse der Staatsduma-Wahlen davon, daß auch bei uns das Gespenst des Kommunismus wieder greifbare Formen angenommen hat. Die Kommunisten stehen oben an der Liste der erfolgreichen Parteien. Die Wahlergebnisse, die im Kaliningrader Gebiet im allgemeinen dem russischen Durchschnitt entsprechen, fahren zu dem Schluß, daß die Wähler weniger "für" als vielmehr "gegen" gestimmt haben: gegen Rechtlosigkeit und Willkür der Beamten, gegen Vernachlässigung der sozialen Probleme, gegen den zunehmenden Verfall der tradierten Wert und Moralvorstellungen, gegen Chaos und Orientierungslosigkeit.

Von der dramatischen Desorientierung der Menschen zeugt unter anderem ein bemerkenswerter Erfolg der LDPR von W. Schirinowski, der mit den profanen Weltbildern manipuliert und die russische Nichtimmunität gegen politische Demagogie und Irreführtsein ausspielt. Am erfolgreichsten waren die Kommunisten, deren Parteiführer Sjuganow schon verkündet hat, als vorrangiges Vorhaben die "Abkommen von Beloweschje" rückgängig zu machen und die Sowjetunion etappenweise zu restaurieren. Was würde das bedeuten für die baltische Region im ganzen und für das Königsberger Gebiet im spezifischen?

Man kann und muß schon die gemeinschaftlichen Lebensformen zwischen Staaten und Nationen erstreben, aber nur auf der Basis der stabilitätsorientierten, rechtlichen und friedlichen Verfahren, nicht aber auf der Grundlage ideologisch pervertierter, imperialer Ansprüche und Denkmodelle.

Die politische Landschaft im Gebiet ist widerspruchsvoll, ja sogar ein wenig chaotisch geprägt. In der Region sind rund 300 Parteien, Bewegungen und gesellschaftliche Vereinigungen registriert. Allerdings sind von diesen nur fünfzig politisch aktiv, und von diesen haben nur etwa zwanzig Parteien politischen Einfluß.

Mit etwa 2000 Mitgliedern ist die KP die stärkste Partei im Gebiet. Zahlenmäßig scheint diese Stärke fragwürdig, aber mit vielen Sympathisanten sowie im Bündnis mit der Agrarpartei und dem Bündnis Unabhängiger Gewerkschaften ist die KP eine der einflußreichsten Parteien im Gebiet, was dem Durchschnitt in Rußland entspricht. Einflußreich ist auch die LDPR von W. Schirinowski, die die Entwicklung einer freien Wirtschaftszone im Gebiet ablehnt und mit den extremistischen Parolen auftritt, nach denen die Wirtschaft Rußlands in kürzester Zeit mit diktatorischen Methoden wiederaufgebaut werden könnte.

Die demokratisch orientierten Kräfte im Gebiet sind vereinigt im Rahmen der demokratischen Vereinigung "Bernstein Rußlands". Das Haupt dieser Vereinigung ist Professor J. Matotschkin, einer der Väter des Gesetzes über die Sonderwirtschaftszone und weiterhin der Gebietschef, der wahrscheinlich bei der nächsten Wahl als Kandidat für das Amt des Gouverneurs aufgestellt wird. Ziel der Vereinigung ist ein stufenweiser und organischer Übergang zu einem marktwirtschaftlichdemokratischen Gesellschaftsmodell und die Sicherstellung des wirtschaftlichen Aufschwungs im Königsberger Gebiet.

Angst vor Regermanisierung

Eines der vieldiskutierten Probleme im politischen Milieu ist das fiktive Thema der Regermanisierung des Gebiets, das massiv von denjenigen Parteien ausgeschlachtet wird, die aus dem Schreckgespenst einer Regermanisierung politisches Kapital zu ziehen suchen. Dabei berufen sie sich darauf, daß Deutschland zu den wichtigsten Investoren im Gebiet zählt und die Zahl der russischdeutschen Gemeinschaftsunternehmen schon auf über 200 gestiegen sei.

Dies ist aber eine bewußt einseitige und verschleiernde Betrachtungsweise: der Anteil der deutschen an der Gesamtsumme ausländischer Investitionen beträgt lediglich 19 Prozent. Auf die vier russischfranzösischen Gemeinschaftsunternehmen entfallen hingegen 45 Prozent des gesamten ausländischen Kapitals. Das große deutsche Kapital ist sehr zurückhaltend und läßt sich im Gebiet bisher nicht sehen.

Mit derselben fiktiven Problematik der Regermanisierung wird auch das Problem der Rußlanddeutschen in der Kaliningrader Region verbunden. Nach offiziellen Statistiken leben heute im Gebiet etwa 5000 Menschen, die aufgrund ihres Passes als Angehörige der deutschen Nationalität ausgewiesen sind, was zusammen mit den Familien einen Personenkreis von etwa 16000 ergibt. Diese Zahl ist seit etwa drei Jahren konstant. Viele von den Rußlanddeutschen leben nicht in der Hauptstadt Königsberg/Kaliningrad, sondern in den ländlichen Gebieten der gesamten Region.

Nach der Wende war der Zustrom der Rußlanddeutschen in das Gebiet ziemlich stark. Jetzt ist er es nicht mehr. Und viele von denen, die heute bei uns leben, streben mit aller Kraft nach Deutschland. Ihre Anzahl wäre allerdings bedeutend kleiner, wenn sich die politische Situation in Rußland stabilisieren und wenn man in der Region ihnen einigermaßen gute Lebensverhältnisse schaffen würde; wenn man ihnen helfen würde, ihre nationale Eigenständigkeit zu bewahren.

In der ehemaligen SU gestaltet sich das Schicksal dieser Volksgruppe ziemlich dramatisch. Die Rußlanddeutschen haben den Höhepunkt ihrer Tragödie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion noch nicht erreicht. Sie fühlen sich überall vom ungerechten Schicksal heimgesucht und dessen Wechselfällen ausgesetzt. Sie werden getrieben vom kalten Wind der Geschichte wie fliegende Blätter ohne absehbare Hoffnung, zu ihrem Baum des Lebens zu gelangen.

Infolge der russischsowjetischen Tragik sind sie enturzelt worden. Sie sind psychologisch frustriert. Ihr Lebenswille ist geschwächt. Die meisten werden natürlich nach Deutschland aussiedeln. Doch während der vielen Jahre in Rußland büßten sie ihre nationale Identität und hauptsächlich die Kenntnis ihrer Muttersprache weitgehend ein. Ihr intellektuelles Potential wurde in der SU systematisch zerstört. Unter den Rußlanddeutschen gibt es nur wenige gebildete Menschen, da man sie und auch das nur inoffiziell nur an pädagogischen und landwirtschaftlichen Hochschulen zum Studium zuließ.

Und schließlich, was besonders wichtig ist: Es ist inzwischen eine Assimilation der Rußlanddeutschen an die russischen Lebensgewohnheiten eingetreten. Sie sind ein Teil des russischen Volkes geworden. Die Umsiedlung nach Deutschland würde für die meisten von ihnen keine existenziellpsychologische Lösung bedeuten trotz des Wohlstandes, den sie in Rußland nie erlebt haben. Das beweisen auch die Meinungsforschungen unter Rußlanddeutschen, die in die Bundesrepublik ausgesiedelt sind.

Geisel der Geschichte

Ich bin fest davon überzeugt, daß die Rußlanddeutschen sich in Rußland verwirklichen können und müssen. Heutzutage aber werden die Verpflichtungen diesen Menschen gegenüber nicht erfüllt. Sie bleiben sozusagen Geisel der Geschichte, Geisel der deutschrussischen Entfremdung im 20. Jahrhundert und angesichts ihrer bivalenten, kulturpsychologischen Prägung auch Opfer dieser Entfremdung, Waisenkinder der gebrochenen Ehe zwischen zwei großen Völkern, ohne wahre Heimat, ohne wahre Identität, ohne Unterstützung und Verständnis.

Die Vorsehung bietet diesen Leuten an, neue Wurzeln zu schlagen in dem tragisch-paradoxalen Land Königsberg/Kaliningrad, wo das Deutschtum und das Russentum sich miteinander auf schicksalhafte Weise verbinden. Die Geschichte hat dieses Land zu so einer Nahtstelle gemacht, zu einem Zivilisationsriß, den die Rußlanddeutschen zu flicken beitragen könnten. Und es geht dabei gar nicht um die "Regermanisierung", gar nicht um die Rekonstruktion der alten staatlichen Konstruktionen.

Die Kaliningrader Region ist und bleibt ein Teil der russischen Föderation, aber ein besonderer Status muß angestrebt werden, der den Ausbau der Exklave Königsberg/Kaliningrad als wirtschaftlichpolitischen Brückenpfeiler ermöglichen könnte, der die russischen Verbindungen zu den Anrainerstaaten, zum Westen, zur EG festigen und erleichtern könnte.

Es geht um die neuen Ansätze der politischen Berechnungen, die auf der Einsicht basieren, daß nach Auschwitz und Dresden, nach Hiroshima und Katyn, die alten ideologischen, nationalstaatlichen, politischen Denkmodelle durch neue geistige Strategien abgelöst werden müßten.

Für diesen Paradigmenwechsel ist Königsberg/Kaliningrad "ein geschichtlicher Platz", kantisch gesagt, prädestiniert zum menschenfreundlichen "Risiko" des gegenseitigen Vertrauens, zum Eröffnen der hinreißenden Horizonte der gemeinsamen friedlichen Lebensformen, Kooperation und der gegenseitigen Befruchtung. In diesem Land könnte ein Modell europäischer Zusammenarbeit entwickelt werden, ein Modell der Kooperation und des Zusammenseins verschiedener Volksgruppen und ihrer Kulturen, durch Besinnung auf historische Gemeinsamkeiten, durch die Einbeziehung der aus der Region Vertriebenen und deren Nachkommen, durch die Gründung einer paneuropäischen Universität, durch die Einführung eines überschaubaren Wirtschaftsrechtes usw. und so fort. Wäre dieses Modell im Endeffekt nicht ein Leitfaden zu einer neuen osteuropäischen Gemeinschaft, zu einer Form der slawischdeutschbaltischen Konföderation mit der Gemeinsamkeit symbolisierenden Hauptstadt in Königsberg/Kaliningrad? Mit der Hauptstadt des Ewigen Friedens im Sinne der faszinierenden Friedenskonzeption von Immanuel Kant.

Die Rußlanddeutschen könnten in diesem gesamteuropäischen Transformationsprozeß eine angemessene Rolle übernehmen. Im Grunde genommen gehört es auch zur bewährten

Tradition dieses Landes, daß es die Menschen aufnimmt, die aus verschiedenen Gründen nach einer neuen Heimat suchen.

Die praktische Verwirklichung dieser Vision könnte durch die Einführung eines Niederlassungsrechtes im Gebiet im Rahmen der Sonderwirtschaftszone gewährleistet werden, eines Niederlassungsrechtes, für das folgende Regeln zu gelten hätten:

Jeder, der mit zivilem Wohnsitz im Kaliningrader Gebiet gemeldet ist, hat dort ein unbefristetes Heimatrecht. Aus dem Gebiet Vertriebene, ihre Nachkommen und deren Ehegatten haben ein uneingeschränktes Rückkehrrecht. Jeder andere deutsche oder russische Staatsangehörige hat im Gebietniederlassungsrecht, wenn er dort einen Arbeitsplatz nachweisen kann. Unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit hat jeder ein freies Niederlassungsrecht im Gebiet, wenn er dort investiert und Arbeitsplätze schafft.

Nach den genannten Kriterien unterliegt der Zuzug von Rußlanddeutschen in das Gebiet denselben Regeln wie der Zuzug anderer Bürger der GUSStaaten. Die regionale Regierung aber könnte eine zusätzliche Förderung des Zuzugs von russischen Bürgern deutscher Nationalität beschließen, ausgehend davon, daß die Rußlanddeutschen aufgrund ihrer Kenntnisse, ihres Arbeitsethos und ihrer zweisprachigen Kommunikationsfähigkeit einen spezifischen Beitrag zur regionalen Entwicklung leisten können. Dabei sollte auch die Tatsache Berücksichtigung finden, daß die Bundesrepublik angesichts ihrer verantwortungsvollen Politik den Rußlanddeutschen gegenüber eine beträchtliche Hilfe für Belange derselbigen im Gebiet und für die Region im allgemeinen zur Verfügung stellen könnte; hoffentlich auch die Russische Föderation.

Wünschenswert erscheint auch ein Asylrecht für Rußlanddeutsche im Kaliningrader Gebiet, wenn sie infolge der Nationalitätenkonflikte in ihren Wohngebieten in Mittelasien von Verfolgung bedroht sind.

Das heißt, für viele Rußlanddeutsche könnte dann der Weg nach Königsberg/Kaliningrad führen. Denn es ist eine besondere Paradoxie des Phänomens Königsberg/Kaliningrad, daß sein Schicksal nicht nur einen der dramatischen Nachweise der Krise des Menschentums im 20. Jahrhundert aufzeigt, sondern auch eine faszinierende Perspektive eröffnet, ein neues Leitbild für Europa zu entwickeln und direkt in dieser Region zu praktizieren. Ein Leitbild, das die geistigmoralische Richtung der Geschichte angeben und die positive Zielsetzung von Menschen und Völkern bestimmen wird.